

# Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

Nr. 24

Köln, den 10. Juni 1932

33. Jahrg.

## Wohin des Weges?

Eine Beruhigung unseres politischen Lebens wäre im Interesse einer gedeihlichen Entwicklung unseres Vaterlandes notwendiger denn je. Die Beunruhigung, die sich des ganzen Volkes bemächtigt hat und in weitem Umfange bereits Zeichen einer nervösen Gereiztheit und Überreizung aufweist, frommt einer Gesundung der Verhältnisse keineswegs. Es sind zweifellos wichtige Gründe für eine sorgenvolle Betrachtung der deutschen Zukunft überreich vorhanden. Unsere gefährliche außenpolitische Lage drängt zu Entscheidungen, die von größter Tragweite sind. Die innenpolitischen Spannungen steigern sich von Tag zu Tag und führen hier und da zu zwar örtlich begrenzten Explosionen, die aber schnell und unberechenbar größere Formen annehmen können. Ein Unruheherd gigantischen Ausmaßes ist die große Arbeitslosenzahl. Die Wirtschaftslage eröffnet trübe Aussichten, so daß damit gerechnet werden muß, daß es kaum gelingen wird, bald und schnell größere Arbeitslosenmassen einem geordneten Arbeitsverhältnis zuzuführen. Die zur Zeit heftig diskutierten Wirtschaftsideen: Autarkie-, Plan- oder Bedarfswirtschaft gegenüber der bisher vertretenen Wirtschaftsauffassung, die den Primat des Exports stärker betonte und vor allen Dingen die „Freiheit“ der Wirtschaft forderte, sind mehr oder weniger Illusionen, und es fehlt noch jeder Beweis für ihre Durchführbarkeit. Eine Fülle von Aufgaben und Problemen steht vor uns, die der Lösung und Erfüllung harren. Wie sie gelöst werden, ist uns nicht gleichgültig.

Die jüngste politische Entwicklung hat uns daher mit Besorgnis erfüllt. Mindestens können Zweifel an der ehrlichen Absicht, Lösungen zu finden, die dem allgemeinen Besten dienen und die Rechte auch der Masse des Volkes, der Arbeiterschaft respektieren, nicht unterdrückt werden. Wunsch und Wille politischer und wirtschaftlicher Machthaber und Intriganten geht dahin, die ihnen unbecommene Entwicklung der Nachkriegsjahre zu liquidieren. Das Rad der Geschichte soll zurückgedreht werden, die Zu- und Umstände der Vorkriegszeit sollen fröhliche Auferstehung feiern. Unverkennbar richten sich bisher bekannt gewordene Reformabsichten aller Art gegen die Arbeiterschaft. Der Sturm auf gegen demokratische Prinzipien, gegen soziale Einrichtungen zielt auf eine Beseitigung der wirklich bescheidenen Mitwirkung und Mitbestimmung der Arbeiter in Staat und Wirtschaft ab. Erstrebt wird die Alleinherrschaft für Kreise, die sich nicht so sehr durch ihr Können, ihre vornehme Gestinnung und besondere Veranlagung zu unbestechlicher Gerechtigkeit auszeichnen, sondern auf Grund ihres Herkommens, ihres Bildungsganges, ihres Besitzes allein Anspruch auf das Recht zur Führung erheben. Hand in Hand mit dieser Überheblichkeit geht dabei eine Verachtung des kleinen Mannes, der lediglich gut genug erscheint, Packesel für alles Unbecommene und Unangenehme zu sein. Unverkennbar wächst in den Kreisen von Bildung und Besitz die Arbeiterfeindlichkeit. Nicht nur da, wo oft und allein der Sitz der Reaktion vermutet wird. Sicher weisen gewisse Gruppierungen in Wirtschaft und Politik eine Häufung arbeiterfeindlicher Kräfte auf. Ebenso sicher aber ist, daß auch in anderen Gruppen diese Tendenzen an Boden gewinnen, auch wenn dort einer gewissen Neutralität, ja Arbeiterfreundlichkeit das Wort geredet wird. Das gerade begründet unsere Besorgnisse.

Beweise für die unfreundliche und feindliche Haltung gegenüber der Arbeiterschaft liefert die Presse täglich. Hier finden wir laufend Verlautbarungen, die darauf abzielen, die öffentliche Meinung irre

zu führen und zu vergiften. Es läßt sich aus der Vergangenheit bis zum heutigen Tag die feindliche Haltung des sogenannten Bürgertums an gewissen sozialpolitischen Themen ausgezeichnet verfolgen. Da ist die Lohnfrage, die die Gemüter nicht zur Ruhe kommen läßt. Das Schlagwort vom „politischen“ Lohn eröffnete den Reigen einer üblen Polemik. Die Forderung nach der „Elastizität“ der Tarifverträge schloß sich an. Heute heißt es „Angleichung der Löhne“. Für die Zukunft hat man sicher ein neues Modewort in Bereitschaft. Wir kennen es zwar noch nicht, doch sind bezahlte Söldlinge sicher nicht um ein solches verlegen. Und wären sie's wirklich, dann gestattet die Wissenschaft sicher eine Anleihe, für die sie dann entsprechende Förderung erfahren dürfte.

Das Gebiet der Sozialpolitik ist bekanntlich der beliebteste Tummelplatz für die Leute, die zwar nicht unbedingt etwas davon verstehen müssen, aber sicher sein dürfen, ihren Schrieb an den Mann zu bringen, wenn darin nur kräftig gegen die Gewerkschaften und Gewerkschaftssekretäre losgezogen wird. Da sind in der Börsenzeitung die Sätze zu lesen: „Es gibt keinen Zweig der Sozialversicherung, der nicht eine unmögliche Belastung des Gewerbes bedeutet. Wahnwizig ist die schematische Gestaltung der Arbeitsbedingungen. Die jetzige Arbeitslosenunterstützung wirkt sich in Verbindung mit den Tarifen zum Fluch des Landes aus.“ Selbst die Zeitschrift für „gebildete“ Katholiken, „Schönere Zukunft“, konnte dieses Satzgebilde nicht unterdrücken: „Kurz, möchte kommen, was wollte: verschuldete oder unverschuldete Not; immer schwebte vor ihm der Engel der sozialen Versorgung, und damit ihm ja kein Anspruch entgehe, standen ihm eine Reihe Verbandssekretäre als weitere Schutzengel zur Seite.“ Die Proben ließen sich beliebig vermehren, zeigen aber die Absicht, Einrichtungen, die für die Arbeiterschaft schon aus Existenzgründen wertvoll und unentbehrlich sind, als Ursache der herrschenden Not darzustellen, um für deren Beseitigung die entsprechende Stimmung vorzubereiten und zu schüren.

Diesen Bestrebungen war, wenn auch nicht restlos, so doch immerhin Erfolg beschieden. Nimmt man die Haltung der Regierung etwas genauer unter die Lupe, dann kann man von Notverordnung zu Notverordnung, von Ministerialerlaß und Verfügung bis zur letzten Mitteilung feststellen, wie die Regierungsorgane bemüht waren, dem künstlich herbeigeführten Stimmungsumschwung im Lager der Unternehmer, des Bürgertums, der Wissenschaft, Rechnung zu tragen. Wir erlebten in den letzten Jahren eine solche Fülle von Reformen auf Sachgebieten, die für uns von besonderem Interesse sind, die alle mehr oder weniger große Verschlechterungen unserer rechtlichen und materiellen Stellung bedeuten. Dort aber, wo Reformen von uns gefordert sind, regt sich nichts. Daß solches Verhalten der verantwortlichen Stellen bei der Arbeiterschaft kein Verständnis findet, bedarf keiner Betonung. Die Zweifel in den Willen zur Hilfsbereitschaft auch für die Arbeiterschaft sind berechtigt, denn, soweit überhaupt Hilfe gewährt wurde, bewegte sie sich in sehr engen Grenzen, während sie für Landwirtschaft, Industrie und Banken sehr großzügig und bereitwillig gewährt wurde. Ist es ein Wunder, wenn die Arbeiterschaft der Meinung ist, daß gegenüber unsozialen Absichten und Bestrebungen ein zu großes Entgegenkommen bewiesen wurde? Jedes Entgegenkommen aber deuten die Gegner des „Systems“ als Schwäche und ermuntern sie zu neuen, unverschämteren Forderungen. Der Katalog über „soziale Reformen“ bedarf keines weiteren Kommentars.

Im Interesse des Ganzen übte die Arbeiterschaft bisher Rücksichten und bewies eine Opferwilligkeit, die vorbildlich ist und von anderen Volkskreisen längst nicht in dem Maße an den Tag gelegt wurde. Auch nicht von jenen, die für sich den Anspruch auf Macht und Führung reklamieren. Um der außenpolitischen Zielsetzung haben wir manches, wenn auch nicht ohne Kritik, in Kauf genommen, und weil wir in die bisherige Regierung immer noch einen Rest von Vertrauen setzten, daß sie die soziale Gerechtigkeit nicht ganz außer acht lassen würde. Opferwilligkeit kann von der Arbeiterschaft nur bis zur Grenze der sozialen Gerechtigkeit gefordert, nur bis zu dieser Grenze von ihr geübt werden. Maßnahmen, die darüber hinausgehen, sind Experimente, die nur Unheil zeitigen und für unser volkliches Zusammenleben eine Katastrophe herbeiführen müssen.

Derartige Experimente sollen aber scheinbar unternommen werden. Der Regierungswechsel, der durch die Demission des Kabinetts Brüning eingeleitet wurde, hat ohne Zweifel auch sozialpolitische Hintergründe. Die ersten Erklärungen darüber beschränkten sich tatsächlich auf sozialpolitische Gründe: Ostfluchtfrage und Kriegrenten. Die neuen Männer bilden, wie es heißt, ein Kabinett „über den Parteien“, ein Kabinett von „Vertrauensmännern“, ein „Präsidialkabinett“. Großsprecherisch heißt es sogar: „Kabinett der nationalen Konzentration“. Ob hier tatsächlich Vertrauensmänner des Volkes berufen wurden, muß mit Recht bezweifelt, und ob diese Leute ersprießliche Arbeit für die Gesamtheit leisten wollen und werden, muß erst bewiesen werden. Die Namen der Männer beweisen bisher lediglich, daß ihre Träger aus jenen Gruppen stammen, die zwar sehr laut immer von einer Nebenregierung der Gewerkschaften zu reden wußten, durch ihr Verhalten bei der Regierungskrise aber den Sitz einer tatsächlich vorhandenen Nebenregierung vor aller Welt offenbarten. Großlandwirtschaft und Industrie stellen die Mitglieder des Kabinetts, und will man von dieser Sachlage aus ein sozialpolitisches Horoskop stellen, dann können unsere Besorgnisse nicht schwinden, und unsere Wachsamkeit muß verdoppelt werden.

Bei uns muß die Vertrauensfrage gegenüber dem neuen „System“ eine gründliche Überprüfung erfahren. Wenn wir bisher sehr oft den Staatsinteressen gegenüber den eigenen den Vorrang einräumten, dann bewies das unser hohes Verantwortungsbewußtsein um das „Allgemeine Beste“, um nationale Würde und Pflicht. Eine stärkere Betonung gewerkschaftlicher Interessen wird nichts davon preisgeben brauchen, wird aber für unsere Bewegung von größerem Vorteil sein. Eine gründliche Besinnung auf unsere gewerkschaftliche Aufgabe und entschiedenes gewerkschaftliches Handeln ist erforderlich. Nur das wird machtlüsterne Bestrebungen und Handlungen jener Drahtzieher in die gebührenden Schranken zurückweisen können. Eine energische Vertretung gewerkschaftlicher Interessen wird den Mut, die Überzeugung und Begeisterung für die Gewerkschaftsbewegung neu beleben und wertvolle Kräfte für den Auf- und Ausbau der Bewegung frei machen. Wir sind und bleiben in erster Linie Arbeiterinteressenvertretung. Handeln wir danach, dann schaffen wir klare Fronten.

## Preispolitik und Tariflohn.

Bittere Kritik übt „das deutsche Holzgewerbe“, die Zeitschrift der Vereinigung der Arbeitgeberverbände der Berliner Holzindustrie an der „Mö“, der Berliner Möbelausstellung am Kaiserdamm. „Die Holzindustrie“, das „alleinige offizielle Organ des Wirtschaftsverbandes der deutschen Holzindustrie und des Arbeitgeberverbandes der deutschen Holzindustrie und des Holzgewerbes“ spendet dieser Kritik Beifall und bracht teilweise ab unter Beifügung kritischer Bemerkungen aus Zuschriften des eignen Leserkreises.

Die Preisentwicklung, die auf der Berliner Möbelausstellung zutage trat, ist den Holzindustriellen stark auf die Nerven gefallen. „Preiswahn“ wird das Gebaren der Möbelhändler genannt. Einig seien alle Urteile darin, daß die „Mö“ ein Unglück war und eine ungeheuer schwere Schädigung des Berliner Möbelhandels und der Möbelindustrie. Die Preisdrückerei spottet jeder Beschreibung. In vielen Fällen wurde wirklich gute Tischlerarbeit unter dem

Herstellungspreis verkauft. Nun hat es der Möbelfachverband so weit gebracht, daß die Berliner Möbelhändler zu Preisen verkaufen müssen, zu denen die Möbel nicht hergestellt werden können. Es war ein Möbeljahrmarkt, wie beim billigen Jakob ging es zu. Durch Notverordnung mußte eine solche Schmutzkonkurrenz verboten werden. Solche und ähnliche Zitate füllen mehrere Spalten der genannten Zeitschriften. Groß ist die Furcht vor den Schlußfolgerungen, die das Publikum aus diesem Preisgebaren ziehen könnte oder schon gezogen hat, wie aus der Bemerkung eines Angestelltenorgans hervorgeht: „Was müssen die Herren in den letzten Jahren verdient haben! Es fällt schwer, hier das Wort Wucher zu vermeiden.“

Untersucht man die Ursachen, die zu diesem Hereinfall der Möbelhändler und Möbelindustriellen geführt haben, dann muß den Leuten schon geraten werden, an die eigne Brust zu klopfen und „mea culpa“ zu sagen. Schmutzkonkurrenz, über die so bitter Klage geführt wird, haben sich die Herrschaften selber groß gezogen. Des Übels Wurzel liegt bei der von den Arbeitgebern seit geraumer Zeit beliebten Lohnpolitik. Umsatz zu schaffen war und ist ihr heißes Bemühen. Dagegen soll an und für sich nichts eingewandt werden. Wenn aber Umsatz nur mit niedrigem Löhnen bewerkstelligt werden soll, wie das offensichtlich nach dem Verhalten der Unternehmer in der Lohnfrage der Fall ist, dann treten die Folgen ein, die man jetzt beklagt. Die so heiß begehrte Freiheit vom Tarifvertrag, die in großen Teilen des Landes besteht, bzw. die Mißachtung bestehender Tarif- und Lohnverträge, die außerordentlich weit verbreitet ist, weil sie auf Grund der Arbeitsmarktlage möglich ist, wirkt sich hier zum Unfugen des ganzen Gewerbes aus. Statt von der richtigen Erkenntnis auszugehen, daß eine möglichst gleichmäßige Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ehestens in der Lage ist, die beklagten Vorgänge und die Schmutzkonkurrenz zu verhüten, hat man, teils aus taktischen Erwägungen, teils grundsätzlicher Abneigung gegen tarifliche Bindungen, diese nach den eignen Worten der Unternehmerorgane ungeheure Schädigung des Gewerbes zeitigen helfen. Um einzelne Firmen bei der Stange zu halten, wurden Zugeständnisse in der Ortsklassenfrage gemacht, wurde der wenn auch nicht immer statuarische Austritt aus der Organisation geduldet und offiziell bestätigt. Nebenbei aber hat man trotzdem, wie uns in einem besonderen Falle bekannt wurde, weiter Geldbeiträge, zwar nicht als ordentliche Beiträge, sondern als sogenannte Sympathiebeiträge entgegengenommen. Alles das aber, um im Einzelfalle solchen Firmen freie oder freiere Hand in der Lohnfrage zu verschaffen. Daß damit eine Durchlöcherung der Lohnverträge herbeigeführt wurde, scheint nicht bedacht, vielleicht auch die sich aus solcher Taktik ergebende Entwicklung falsch eingeschätzt worden zu sein. Der Gedanke liegt nahe, und unsere Erfahrungen können als Bestätigung dafür gelten, daß auf diese Weise der Versuch unternommen wurde, aus der Durchlöcherung der Verträge weitere Arbeitgebervorteile in der Lohnfrage zu erzielen. Eine andere Erklärung für das Verhalten der Arbeitgeber gibt es kaum.

Bewiesen zu haben, daß es so nicht geht, wäre ein Erfolg der „Mö“. Der Ruf nach einer Notverordnung gegen Schmutzkonkurrenz ist zwar abwegig, zeigt aber, daß Händler und Unternehmer einsehen, daß es ohne Bindung nicht geht. Gesetzlicher Zwang ist, wenn man ein so überzeugter Anhänger des Freiheitsideals ist, wie die Unternehmer vorgeben zu sein, sicher unerträglich als freiwillige Bindung. Das sollen sie sich aber zum Exempel nehmen und danach handeln.

Im übrigen genügen, wie die „Holzindustrie“ kürzlich zugab, die vorhandenen gesetzlichen Bestimmungen über den unlauteren Wettbewerb durchaus für eine Unterbindung der Schmutzkonkurrenz. In ihrer Ausgabe vom 7. Mai behandelt sie ein Urteil des Reichsgerichts, das einem Unternehmer, der seine Wettbewerbsfähigkeit gegenüber seinen Konkurrenten durch Zahlung untertariflicher Löhne bewerkstelligte, wegen Verstos des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb verurteilte. Es sei, so heißt es in dem Urteil, hinreichend festgestellt, daß die Nichterfüllung von Tarifverträgen dem Zwecke dient, sich einen Vorsprung gegenüber wettbewerbenden Firmen zu sichern. Dies sei ein Verstoß gegen die guten Sitten vor allem deshalb, weil es sich um Außerachtlassung einer Regelung handelt, die im Interesse der Schaffung und Aufrechterhaltung gesunder sozialer Verhältnisse kraft öffentlicher Gewalt getroffen wurden. Aus diesem Urteil läßt sich leicht das Recht tariftreuer Firmen auf Schadenersatz von Außenseitern, überhaupt solchen Firmen, die sich an die

tariflichen Regelungen nicht stören, herleiten. Hier hätten die Arbeitgeberverbände ein dankbares Betätigungsfeld. Erfolge, die hier erzielt würden, dürften viel eher der Gesundung im Gewerbe dienen, als die so stürmisch begehrte Notverordnung gegen die Schmutzkonkurrenz und würde viel besser als noch so laute Beteuerungen den ehrlichen Willen zum Tarifvertrag unter Beweis stellen. Zwar behaupten auch die Arbeitgeber im Holzgewerbe immer wieder, wie so viele andere, ihre Tarifwilligkeit, doch lehrt die Erfahrung täglich, daß dieser behauptete Tarifwille sehr platonischer Natur ist. Nur dann wären wir davon überzeugt, wenn das Unternehmertum statt platonischer Beteuerungen zu entsprechenden Handlungen, die sich natürlich auch auf die Durchführung von Tarifverträgen, selbst unter Zuhilfenahme der Justiz gegenüber renitenten Außenstehern und Mitgliedern, bequemen würden. Darf man hoffen, daß die von Möbelhandel und Möbelindustrie einstimmig als Katastrophe bezeichnete Preisgebarung auf der Berliner „Mö“ zu diesen einzig logischen Schlußfolgerungen führt?

## Rundschau.

**Deutsche Zahlungsbilanz 1931.** Das Statistische Reichsamt veröffentlicht in Heft 10 von „Wirtschaft und Statistik“ seine Schätzungen für die Zahlungsbilanz von 1931. Es errechnet einen Kapitalabzug von 4,8 Milliarden Reichsmark, während im vergangenen Jahr noch ein kleiner Importüberschuß von 0,79 Milliarden zu verzeichnen war. Die kommerziellen und politischen Verpflichtungen konnten also nicht mehr, wie in den vergangenen Jahren, aus dem Überschuß der Warenausfuhr gedeckt werden, sondern erforderten die Inanspruchnahme anderer Mittel, vor allem aus Notenbankreserven, Bankguthaben usw. Dieser Passivsaldo der Zahlungsbilanz ist das Ergebnis der Vertrauenskrise von 1931, die zunächst in raschem Abzug von Auslandskapitalien zum Ausdruck kam. Als die Eingänge aus dem Warenhandel zur Bezahlung nicht mehr ausreichten und aus den Reserven der Notenbanken nur noch ein kleiner Teil der deutschen kurzfristigen Schulden (die für Ende Juli mit 12 Milliarden ermittelt wurden) gedeckt werden konnte, wurde dieser Kapitalabstrom durch das Hoover-Moratorium, Stillhalteverhandlungen und Devisenbewirtschaftung in ruhigere Bahnen gelenkt. Er wurde damit zwar eingeschränkt, aber nicht aufgehalten.

Als Wege der Kapitalausfuhr ergeben sich folgende Einzelposten: der bedeutendste Teil entstammt noch immer dem großen Aktivüberschuß der Handelsbilanz. Ihre Aktivität wurde vor allem durch eine Einschränkung der Einfuhr (um 3,7 Milliarden) und durch ein Aufhalten des Ausfuhrückganges erzielt. Erst zu Anfang 1932 sind diese Überschüsse der Handelsbilanz geringer geworden. Aber auch der Aktivsaldo der Dienstleistungen von 150 Millionen Reichsmark hat zur Deckung des Kapitalabflusses beigetragen; seine Entwicklung ist inzwischen durch den Rückgang im Schiffsverkehr ebenfalls ungünstig beeinflusst worden. Einen anderen Weg stellen die Abziehungen von den Gold- und Devisenreserven der Notenbanken dar. Es wurden insgesamt 1,7 Milliarden Gold und Devisen versandt, davon entstammt der größte Teil der Kassenreserve der Reichsbank, und nur ein kleiner Teil wurde durch Auflösung von Goldguthaben im Auslande beschafft. Einen weiteren Weg des Kapitalabflusses stellen die Zinszahlungen auf Auslandskredite dar, die auf 1,3 Milliarden Reichsmark geschätzt wurden und höher waren, als man bis dahin angenommen hatte. Schließlich kamen noch 1 Milliarde Reichsmark Reparationen hinzu.

Die langfristige Kapitalbewegung hatte für Deutschland einen nur kleinen Überschuß von 89 Millionen erbracht; sie war im allgemeinen sehr gering. Bei den Effektenbewegungen hat das Ausland per Saldo um 200 Millionen Reichsmark mehr Effekten an Deutschland verkauft, als Deutschland im Auslande unterbringen konnte; in den unten angegebenen Zahlen prägt sich vorwiegend die im Juni und Juli zu Kapitalfluchtzwecken durchgeführte Effektenbewegung aus. Andererseits haben Aktienverkäufe außerhalb des Kapitalmarkts, Freigabe deutschen Eigentums in den Vereinigten Staaten und andere Transaktionen eine Kapitaleinfuhr von 450 Millionen Reichsmark erbracht. Die größere Kapitalbewegung hat sich bei den kurzfristigen Krediten abgepielt. Trotz der Abzüge hat Deutschland 1931 486 Millionen Kredite mehr heringenommen als gegeben, ein Ergebnis, das im wesentlichen durch Rediskontkredite und kurzfristige Anleihen erzielt wurde. Die Rück-

## Verbandsnachrichten.

### Bekanntmachungen des Vorstandes.

Für die Zeit vom 5. bis 11. Juni 1932 ist der 24. Wochenbeitrag fällig.

#### Verlorene Bücher.

Nr. 297 143, H. Schmitzmeier; Nr. 29 475, Georg Schuda; Nr. 277 052, Theodor Schäferhoff; Nr. 332 735, Georg Hausel; Nr. A 15 257, Karl Hachel; Nr. A 1325, Philipp Langen; Nr. 200 685, Heinrich Schmitz; Nr. A 7891, Franz Bedter; Nr. A 10 121, Johann Eibl; Nr. 292 105, Otto Schröder; Nr. A 5425, Johann Zehring; Nr. 284 855 Leo Wieland; Nr. 263 283, Richard Engel; Nr. 250 374, Joh. Bapt. Winter; Nr. 265 269, Georg Raib; Nr. 113 565, Emil Steinbrunner; Nr. 332 553, Josef Ogon; Nr. A 5498, Alfred Klein.

Diese Bücher sind für ungültig erklärt.

zahlung der kurzfristigen Kredite ist auf vielen Wegen geschehen: vielfach dadurch, daß die deutschen Banken ihre Auslandsguthaben aufgelöst haben, wodurch sich die gesamten Auslandreserven der deutschen Banken um etwa 200 Millionen Reichsmark vermindert haben.

Die **Jahreshauptversammlung der Christlichen Arbeiterhilfe, Landesauschuß Westdeutschland**, nahm den Bericht über die Tätigkeit in Rheinland und Westfalen über das Jahr 1931, den die Geschäftsführerin für Westdeutschland, Klara Sandfort, erstattete, entgegen. Dabei wurde ein Bild weitverzweigter und umfassender Tätigkeit, die heute innerhalb der arbeitenden Stände zur Linderung der Not der Standesmitglieder geleistet wird, entwickelt. Alle Gebiete, die in der heutigen Notzeit eine Mitarbeit und Hilfe erfordern, sind von der Christlichen Arbeiterhilfe erfaßt worden. Aus fast allen Bezirken und Orten konnten zahlreiche Beispiele angeführt werden, die für die außerordentliche Regsamkeit der Christlichen Arbeiterhilfe Zeugnis ablegen und die zeigen, wie sie es verstanden hat, sich im Laufe der letzten Jahre Anerkennung und Beachtung zu verschaffen.

Ein großes Arbeitslosenhilfswerk ist für die arbeitslosen Standesgenossen durchgeführt worden. In allen Ortsauschüssen wurden planmäßig Kurse, Lehrgänge und Werkstunden für die erwerbslose Jugend abgehalten. 51 Lese- und Aufenthaltsräume sind bisher eigens für die Jugend geschaffen. Daneben wurde materielle Hilfe geleistet. Es wurden mehr als 300 000 Mahlzeiten, (Frühstücke und Mittagessen) verabreicht. In 33 Nähschulen lernen Arbeiterfrauen Kleider und Wäsche neu anfertigen, zuschneiden und flicken. Arbeitslose Mädchen und Frauen richten in den Nähschulen alles her, was an Kleidungsstücken für die Hilfsbedürftigen gesammelt und gegeben wurde. 117 Mädchen arbeiten im freiwilligen Arbeitsdienst für ihre notleidenden Brüder und Schwestern. 3230 Männer und Frauen sind als ehrenamtliche Helfer in der Familien- und Jugendfürsorge tätig. Eine gute Zusammenarbeit fand statt mit den Arbeitsgemeinschaften der Not- und Winterhilfe. Außerdem wurden von der Arbeiterschaft selbst noch bedeutende Barmittel aus eigenen Beiträgen und Wohlfahrtsmarken aufgebracht. Es spricht für den Geist solidarischer Standeshilfe, daß waggonweise Kartoffeln und Gemüse vom Land in die Stadt geliefert und nicht zu zählende Mengen an sonstigen Lebensmitteln, Kleidern, Wäsche und Schuhen an arbeitslose und kinderreiche Familien gegeben wurden.

Die bisher von der Christlichen Arbeiterhilfe durchgeführten Mütter- und Kindererholungskuren veranlaßte die Behandlung der Frage, wie angesichts der Einschränkung der Gesundheitsfürsorge Maßnahmen in den Gemeinden unseren Müttern und Arbeiterkindern dennoch die notwendige Erholung verschafft werden kann. Es wurde festgelegt, daß neben den Erholungskuren in geschlossenen Heimen die örtliche Erholungsfürsorge, die Ferienwanderungen und -spiele ausgebaut und besonders die Unterbringung der Kinder auf dem Lande wieder in Angriff genommen werden sollen.

Es wurden schließlich noch Fragen des freiwilligen Arbeitsdienstes, der nicht so sehr aus fürsorgeischen, sondern aus beruflichen und nationalen Gesichtspunkten zu fördern ist, behandelt. Die Gesamtagung legte erneut Zeugnis ab von dem starken Willen der Christlichen Arbeiterschaft zu tatkräftiger Mitarbeit auf allen Gebieten der wohlfahrtspflegerischen Selbsthilfe.

# Arbeitsrecht und Arbeiterschutz.

## Nationalsozialistische Betriebsratspraxis.

Das Arbeitsgericht Gera und das Landesarbeitsgericht Jena als Berufungsinstanz verurteilte eine Möbelfirma zur Lohnzahlung an einen Verbandskollegen, der in der Firma als stellvertretender Vorsitzender des Arbeiterrats fungierte, wegen zu Unrecht erfolgter fristloser Entlassung. In dem Prozeß kam deutlich Theorie und Praxis nationalsozialistischer Betriebsratsmitglieder zum Ausdruck. Da hörte man nichts vom Kämpfen um die Erhaltung bestehender Löhne, mit denen sich die Nationalsozialisten täglich in ihrer Presse brüsten. Arm in Arm mit dem Unternehmer wurden unberechtigte Lohnabbaumaßnahmen gutgeheißen. Christliche Gewerkschaftler, die der Wahrheit die Ehre geben, wurden verdächtigt. Nationalsozialisten betätigten sich als getreues Werkzeug des Arbeitgebers dadurch, daß sie einer Entlassung ihre Zustimmung gaben, obwohl keine Veranlassung dazu vorlag. Dem Sachverhalt liegt folgender Tatbestand zugrunde:

In der Firma May, Kunstmöbelwerke wird seit einigen Jahren ein Kollege unseres Verbandes, der gleichzeitig 70 Prozent lungenkranker Schwerkriegsbeschädigter ist, beschäftigt. Die letzte Betriebsratswahl brachte ihn in die Stellung des stellvertretenden Vorsitzenden des Arbeiterrates. In dieser Eigenschaft vertrat er die Belange der Belegschaft bestens. Dadurch machte er sich aber beim Arbeitgeber unbeliebt. Derstellungen an für ihn ungünstigere Arbeitsplätze waren die Folge. Schutz bei dem Vorsitzenden des Arbeiterrats, der sich zur NSDAP. bekennt und sogar Gauobmann für seine Fachgruppe in der NSBO sein soll, fand er nicht. Eine abermalige Lohnabbauwelle im August-September vorigen Jahres kam. Im Frühjahr waren die Löhne schon durch einen verlorenen Streik wesentlich herabgesetzt worden. Die abermalige Lohnherabsetzung um 12 bis 14 Prozent im Durchschnitt wurde damit begründet, daß eine westfälische Konkurrenzfirma die Löhne abermals um 10 Prozent gekürzt habe, und in diesem Betriebe sei der christliche Holzarbeiterverband durch den Betriebsrat in der Firma mit der Kürzung einverstanden gewesen. Der Lohnabbau von 12 bis 14 Prozent müsse aber sofort erfolgen, sonst wäre ein Weiterarbeiten in Frage gestellt. Während der Vorsitzende des Arbeiterrats gegen die abermalige Lohnkürzung nichts einzuwenden hatte, wandte sich unser Kollege dagegen mit der Begründung, daß der Belegschaft Gelegenheit gegeben werden müsse, die Richtigkeit der Angaben der Firma nachzuprüfen; jedenfalls könne die Belegschaft nicht sofort über den Lohnabbau abstimmen. Die Abstimmung wurde trotzdem durchgeführt und einer abermaligen Lohnherabsetzung mit Mehrheit gegen eine starke Minderheit zugestimmt.

Angestellte Ermittlungen ergaben aber, daß die Angaben der Firma bezüglich der Lohnsenkung im Konkurrenzbetriebe nicht den Tatsachen entsprachen. Der abermaligen Lohnherabsetzung lagen also falsche Angaben zugrunde. Unser Kollege gab die Ermittlungen den Kollegen bekannt, und die Folge davon war, daß sich ein Firmeninhaber unserem Kollegen gegenüber zu dem Ausspruch hinreihen ließ: „Machen Sie weiter auf dem Glacis, ich finde Wege, Sie hinaus zu besorgen.“

Da unser Kollege infolge eines im Felde zugezogenen Lungenleidens öfters Schwächeanfälle bekommt, ist er gezwungen, von Zeit zu Zeit den Arzt aufzusuchen und einige Stunden auszusuchen. Er ließ sich bisher deswegen immer entschuldigen. Am 8. 10. fühlte sich der Kollege nicht wohl und mußte zu Hause bleiben, sonst wäre er auf der Arbeitsstelle zusammengebrochen. Er hatte keine Gelegenheit, sich entschuldigen zu lassen. Einen Arbeitskollegen wollte er damit nicht beauftragen, weil er angesichts der Einstellung der Firma niemanden Schwierigkeiten bereiten wollte. Wegen dieser Arbeitsverhinderung von 3½ Stunden ist dann der Kollege fristlos entlassen worden, und der nationalsozialistische Arbeiterratsvorsitzende gab seine Zustimmung dazu.

Die wirklichen Gründe lagen natürlich nicht in der geringen Arbeitszeitverhinderung, sondern in dem mannhaften Eintreten unseres Kollegen für die Arbeiterbelange. Eine ganze Reihe Gründe wurden dann nachträglich noch zur Entlassung herangezogen, die aber wieder fallengelassen werden mußten. Übrig blieb für die Beurteilung des Gerichts nur die geringfügige Arbeitsverhinderung. Das Arbeitsgericht Gera und das Landesarbeitsgericht Jena sahen in

dieser Tatsache keinen Grund zur fristlosen Entlassung und verurteilten die Firma zur Zahlung des zustehenden Lohnes. Der nationalsozialistische Funktionär sagte vor Gericht unter Eid aus: „Am Donnerstag, an dem der Kläger entlassen wurde, hat uns E. May die beabsichtigte Entlassung mitgeteilt. Als dann der Einspruch erfolgte, hat der Arbeiterrat den Einspruch für unbegründet erachtet und abgelehnt. Mich hat dazu namentlich die Einstellung des Klägers gegenüber den Chefs veranlaßt, daß der Kläger meines Erachtens völlig unberechtigt die Lohnabbaumaßnahmen der Firma als Ausnutzung der Lage bezeichnet hatte, während ich von deren Notwendigkeit überzeugt bin.“

Das ist praktische Betriebsratsstätigkeit dieses nationalsozialistischen Betriebsrates. In Versammlungen und in den Zeitungen große Aufmachung und Anwürfe gegen die Gewerkschaften, weil sie angeblich mit dem Lohnabbauwütigen und tarisseindlichen Unternehmertum paktieren. „Wir Nationalsozialisten“, so liest man täglich, „haben daher jeden Anschlag auf das Einkommen der Werktätigen, sei es in Form von Lohn- oder Gehaltsdrosselungen, Steuern usw. abgewehrt und sogar zum Streik gegriffen.“ Und in der Praxis ist genau das Gegenteil der Fall. Hier haben wir einen Fall aus der Praxis, der zeigt, wie die vertraulichen Richtlinien der NSBO. in die Praxis umgesetzt werden. Wer sich nicht zur NSDAP. bekennt, dem wird Schaden zugefügt, wo es nur möglich ist, und wenn er zehnmal nur für das Wohl der Arbeiterschaft kämpft. Gegen dieses Maulheldentum gibt es nur eins: Seht bei solchen Maulhelden auf die praktische Wirksamkeit und ihr werdet feststellen, daß nur ehrliche Gewerkschaftsarbeit, wie sie in der christlichen Gewerkschaftsbewegung geübt wird, den Aufstieg des Arbeiterstandes und die Abwehr von Verschlechterungen gewährleistet. Stärkt die Gewerkschaften. Barthel.

## Büchermarkt.

- Weltgeschichte. Von Dr. Alphons Nobel. In Ganzleinen gebunden. 520 S. Preis für Mitglieder 5,50 RM, Nichtmitglieder 8,— RM. Porto 0,45 RM. Bei Sammelbestellungen gewähren wir den Mitgliedern noch einen besonderen Nachlaß.
- Als Ergänzung zu der Weltgeschichte von Nobel: Die unteren Volksschichten, ihre gesellschaftliche, wirtschaftliche und rechtliche Stellung im Wandel der Zeiten. Von Albert Doh. 95 S. Broschiert Preis 1,50 RM. Für Mitglieder 1,— RM.
- Die unteren Volksschichten in der kapitalistischen Wirtschaft. 240 S. Preis 2,20 RM. Für Mitglieder 1,60 RM.
- Die christlich-nationale Gewerkschaft, ihr Werden, Wesen und Wollen. Von Dr. Theodor Böhme. 392 S. In Ganzleinen gebunden. Für Mitglieder 6,80 RM, für Nichtmitglieder 12,— RM.
- Einst und Jetzt in der wirtschaftlichen und sozialen Lage der deutschen Arbeiterschaft. Von Heinrich Kreil. 92 S. Für Mitglieder 0,40 RM, für Nichtmitglieder 1,20 RM.
- Die Stellung der christlichen Gewerkschaften Deutschlands zu den politischen Parteien. Eine geschichtliche Klarstellung. Von Ludwig Fren. 120 S. Preis 1,50 RM. Für Mitglieder 0,75 RM.
- Die „freien“ und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften. Eine geschichtliche Darstellung. 70 S. Statt 0,40 RM nur 0,15 RM.
- Die wirtschaftsfriedliche Arbeitnehmerbewegung Deutschlands. Werden, Wesen und Wollen der gelben Organisation. Von Dr. H. A. Apolant. 164 S. Preis 4,80 RM, für Mitglieder 3,30 RM.
- Erwachendes Werkvolk. Von M. Hüttig. Ein Bühnenspiel vom Werden der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Ermäßigter Preis 0,40 RM (statt 1,— RM).
- 25 Jahre christliche Gewerkschaftsbewegung. 1899—1924. 269 S. Mit Bildern. Statt 4,— RM nur 1,— RM.
- Zu beziehen durch den Christlichen Gewerkschaftsverlag, Berlin-Wilmersdorf, Kaiserallee 25. Postcheckkonto: Berlin 422 29.

## Intarsien aller Art

Katalog gegen 50 Pfg. in Briefmarken.  
E. Müller, Heidelberg, Theaterstraße 711

Anzeigenpreis für die viersp. Millimeterzeile 80 Pfennig. Stellenangebote und -angebote sowie Anzeigen der Stellenstellen sollen die Hälfte Rebatten und Befragte befinden sich 80 Pf., Berliner Wall 9. Telefonruf: Wall 518 46. — Reaktionsklub III Samstag-Mittag.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern unentgeltlich angeheftet. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preis von RM 1,— pro Monat zu beziehen. — Anzeigenannahme nur gegen Vorauszahlung. Geldsendungen nur Postcheckkonto 7718 RM.